



Globale Milliardärssteuer

Besteuert die Superreichen!

Ein Gastbeitrag von Carlos Cuerdo, Enoch Godongwana, Fernando Haddad, Maria Jesús Montero und Svenja Schulze

Hohe Ungleichheit zersetzt die Demokratie. Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihr den Kampf ansagt – mit einer globalen Steuer auf Milliardenvermögen. Ein Appell von fünf Ministerinnen und Ministern.

25.04.2024, 07.03 Uhr



Besteuert die Reichen: Diese Forderung trug die demokratische US-Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez bei der Met Gala 2021 als Fashion-Statement Foto: Ray Tamarra / GC Images / Getty Images

Als die Gouverneurinnen und Gouverneure der [Weltbank](#) und des Internationalen Währungsfonds vergangene Woche zu ihrer Frühjahrstagung zusammenkamen, ging es um die wirklich großen Fragen. Was kann die internationale Gemeinschaft tun, um die Dekarbonisierung voranzutreiben und den Klimawandel zu bekämpfen? Wie können hoch

verschuldete Länder fiskalische Handlungsspielräume zurückgewinnen, um in die Armutsbekämpfung, soziale Dienstleistungen und globale öffentliche Güter zu investieren? Was braucht die internationale Gemeinschaft, um auf dem Weg zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung auf Kurs zu kommen? Wie können multilaterale Entwicklungsbanken gestärkt werden, um diese Ziele zu fördern?

All diese globalen Herausforderungen zu bewältigen, wird durch eine weitere nochmals erschwert: Ungleichheit. Während sich die Kluft zwischen den reichsten und ärmsten Ländern zwar leicht verringert hat, bleibt sie dennoch erschreckend hoch. Außerdem sind Ungleichheiten innerhalb der meisten Länder während der letzten zwei Jahrzehnte deutlich angestiegen. Die Einkommenslücke zwischen den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung und den ärmsten 50 Prozent hat sich fast verdoppelt. Die derzeitige globale wirtschaftliche Entwicklung stellt eine ernsthafte Bedrohung für Fortschritte hin zu mehr Gleichheit dar.

Zu den Autoren



Foto: Lenin Nolly / Agencia EFE / IMAGO

Carlos Cuerdo, Jahrgang 1980, ist spanischer Wirtschaftsminister. Der promovierte Ökonom arbeitete zuvor unter anderem im Finanzministerium und für die EU-Kommission.



Foto: Dwayne Senior / Bloomberg / Getty Images

Enoch Godongwana, Jahrgang 1957, ist Finanzminister von Südafrika. Er studierte Finanzökonomik und begann seine politische Karriere als Gewerkschaftsführer.



Foto: Ton Molina / Fotoarena / IMAGO

Fernando Haddad, Jahrgang 1963, ist Finanzminister von Brasilien. Das Land hat die verstärkte Besteuerung von Milliardären zu einem Schwerpunkt seiner G20-Präsidentschaft erklärt.





Foto: Eduardo Parra/ dpa

Maria Jesús Montero, Jahrgang 1966, ist Finanzministerin und erste Vizepräsidentin von Spanien. Die Vize-Generalsekretärin der sozialistischen PSOE hat Abschlüsse in Medizin und Chirurgie und arbeitete vor ihrer politischen Karriere lange in der Gesundheitsverwaltung.



Foto: Political-Moments / IMAGO

Svenja Schulze, Jahrgang 1968, ist Bundesentwicklungsministerin. Sie studierte Germanistik und Politikwissenschaften und war von 2018 bis 2021 Bundesumweltministerin.

Dass Ungleichheit viele Facetten hat, lässt sich nicht bestreiten. So haben nicht alle Menschen den gleichen Zugang zu Gesundheit und Bildung. Ungleiche Chancen werden oft von Generation zu Generation weitervererbt. Soziale Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe oder Wohnort sind nur einige Faktoren, die bestehende Ungleichheiten weiter verfestigen. Hohe Ungleichheit schadet auch der wirtschaftlichen Entwicklung, weil sie Innovation hemmt und

Menschen daran hindert, ihr volles Potenzial zu entfalten. Sie zersetzt die Demokratie und schwächt den sozialen Zusammenhalt. Und wo der Zusammenhalt beschädigt ist, fehlt die Unterstützung für die nötigen Strukturreformen der nächsten Jahre auf dem Weg zu einer Netto-null-Treibhausgas-Wirtschaft.

Glücklicherweise wächst weltweit das Bewusstsein dafür, dass nicht allein Wachstum wichtig ist, sondern dass Wachstum vor allem nachhaltig und gerecht sein muss. Den Wohlstand zu steigern und gleichzeitig Ungleichheit zu bekämpfen – innerhalb und zwischen Ländern und Generationen sowie die tief verankerten Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und verschiedenen Bevölkerungsgruppen – sollte dabei nicht im Widerspruch stehen. Um wirklich nachhaltiges Wachstum zu erreichen, müssen drei grundlegende Anliegen in Einklang gebracht werden: Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

Vor diesem Hintergrund hat [Brasilien](#) den Kampf gegen Hunger, Armut und Ungleichheit zu einer Priorität seiner G20-Präsidentschaft gemacht – eine Priorität, die auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt und die [Spanien](#) sowohl national als auch global vorantreibt. Mit einer progressiven Steuer- und Fiskalpolitik bekämpft auch [Südafrika](#) die historisch begründete Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Eine notwendige dritte Säule

Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft mit

dem Kampf gegen Ungleichheit Ernst macht. Die Steuerpolitik ist dabei eines der wirkungsvollsten Instrumente, um mehr Gleichheit zu fördern. Sie erweitert nicht nur den fiskalischen Spielraum von Regierungen, um in soziale Sicherung, Bildung und Klimaschutz investieren zu können. Progressiv ausgestaltet kann sie auch sicherstellen, dass alle Menschen ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechend zum Gemeinwohl der Gesellschaft beitragen. Ein gerechter Beitrag erhöht die soziale Wohlfahrt.

Und genau mit diesen Zielen hat Brasilien als Mitglied der Gruppe der 20 (G20) zum ersten Mal einen Vorschlag für eine globale Mindestbesteuerung von Milliardären eingebracht. Sie stellt eine notwendige dritte Säule dar, um die Verhandlungen über die Besteuerung der Digitalwirtschaft und die globale Mindeststeuer von 15 Prozent für multinationale Unternehmen zu ergänzen. Der renommierte Ökonom Gabriel Zucman hat dargelegt, wie diese funktionieren könnte. Weltweit gibt es derzeit ungefähr 3000 Milliardäre. Die Steuer könnte als Mindestabgabe in Höhe von zwei Prozent auf das Vermögen von Superreichen erhoben werden. Sie würde nicht für Milliardäre gelten, die bereits einen angemessenen Beitrag bei der Einkommensteuer entrichten. All jene aber, denen es gelingt, Einkommensteuern zu umgehen, würden so verpflichtet werden, mehr zum Gemeinwohl beizutragen.

Das Argument für eine solche Steuer liegt auf der Hand: Wir müssen die Fähigkeiten unserer Steuersysteme verbessern, den Grundsatz der Gerechtigkeit zu erfüllen. Dafür muss der Beitrag jeder und jedes Einzelnen im Einklang mit der Zahlungsfähigkeit stehen. Bestehende Steuerprivilegien führen aber dazu, dass Superreiche ihre Einkommensteuern minimieren können. Globale Milliardäre zahlen umgerechnet nur bis zu 0,5 Prozent ihres Vermögens an privater Einkommensteuer. Es ist aber wichtig, dass unsere Steuersysteme verlässlich sind und ausreichend Einnahmen sicherstellen – und dabei alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandeln.

Eine global abgestimmte Mindestbesteuerung von Milliardären wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie würde die soziale Gerechtigkeit und das Vertrauen in die

umverteilende Wirkung der Steuerpolitik stärken. Außerdem würden Regierungen so dringend benötigte Einnahmen generieren, um in öffentliche Güter wie Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur zu investieren. Davon profitieren alle, auch diejenigen an der Spitze der Einkommenspyramide. Schätzungen zufolge könnte solch eine Steuer zusätzliche 250 Milliarden US-Dollar jährlich an Einnahmen weltweit erbringen. Das entspricht in etwa der Höhe an wirtschaftlichem Schaden, den Extremwetterereignisse im vergangenen Jahr verursacht haben.

Es ist schon einmal gelungen

Ein häufiger Einwand ist, dass Milliardäre ihr Vermögen problemlos in Länder mit niedrigen Steuersätzen verlagern können, um der Besteuerung zu entgehen. Genau deshalb gehört solch eine Steuerreform auf die Agenda der G20. Damit eine solche Steuer wirkt, braucht es internationale Zusammenarbeit und globale Abkommen. Was der internationalen Gemeinschaft bei [der globalen Mindeststeuer für multinationale Unternehmen](#) gelungen ist, kann sie auch für Milliardäre umsetzen.

Der Kampf gegen Ungleichheit bedarf politischen Willens – und das Bekenntnis zu den Zielen einer inklusiven, gerechten und wirksamen internationalen Steuerkooperation. Selbstverständlich muss diese mit breiteren Ansätzen Hand in Hand gehen, um nicht nur die ungleiche Vermögensverteilung, sondern auch soziale und ökologische Ungleichheiten zu verringern. Vor uns liegen große Herausforderungen. Wir sind bereit, sie in einem abgestimmten multilateralen Vorstoß anzugehen. **S**